

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Aktionsplan gegen Antisemitismus – Ergebnisse der 1. Beteiligungskonferenz

Status Quo

In Mecklenburg-Vorpommern herrscht unter Jüdinnen und Juden eine wachsende Besorgnis um ihre Sicherheit, insbesondere seit dem 7. Oktober und dem Überfall der Hamas auf Israel. Diese Angst wird durch vermehrt antisemitische Vorfälle in ganz Deutschland verstärkt. Der latente Antisemitismus ist ein großes Problem in der Gesellschaft – an Schulhöfen und Arbeitsstätten. Die Sensibilität für dieses Problem ist zwar gestiegen, jedoch bleiben Unwissenheit, Klischees und Ressentiments über das Judentum sowie Jüdinnen und Juden bestehen.

Die jüdische Gemeinschaft versucht, positive Beispiele zu setzen, indem sie offen auf Menschen zugeht und eine Vorbildrolle einnimmt. Trotzdem besteht für sie eine Ambivalenz zwischen gesellschaftlichen Fortschritten und weiterhin bestehenden Vorurteilen. Auf der einen Seite sind Jüdinnen und Juden dankbar dafür, dass sie nach 1989 eine Heimat in Mecklenburg-Vorpommern finden konnten und zu ihrer Identität zurückgefunden haben. Auf der anderen Seite gibt es weiter Debatten über Beschneidung und weitere kulturelle Bräuche. Digitale Medien verstärken diese zusätzlich. Noch immer erleben Jüdinnen und Juden in Mecklenburg-Vorpommern Diskriminierung aufgrund ihrer religiösen Praktiken. Antisemitismus ist allgegenwärtig, selbst wenn es in einer Region keine jüdischen Gemeinschaften gibt.

Deutschland hat eine historische Verantwortung, die sich im Umgang mit Antisemitismus niederschlägt. Doch es mangelt weiterhin an einem angemessenen Umgang mit dieser Problematik. In der digitalen Medienwelt erfahren Jüdinnen und Juden alles, was auf der Welt passiert, ob sie wollen oder nicht. Weltweite Konflikte wie der Nahost-Krieg haben unmittelbare Auswirkungen auf ihr Leben.

Die Erinnerungskultur weist Defizite auf, da eine einseitige Unterrichtung über den Antisemitismus oft nur die Zeit des Dritten Reiches betrifft. Es ist beispielsweise notwendig, die Ursprünge und Zusammenhänge des Nahost-Konflikts zu erklären, um eine stärkere Kontextualisierung des Verhältnisses von Deutschland und Israel zu ermöglichen. Zudem gibt es ein Missverhältnis zwischen politischer Erwartung und der Ausstattung von Gedenkstätten.

Jüdinnen und Juden sind fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft. Es liegt eine drängende Verpflichtung vor, sich dem Problem des Antisemitismus zu stellen, um eine sichere und inklusive Umgebung für sie in der Mitte der Gesellschaft zu schaffen und die historische Verantwortung in angemessener Weise zu erfüllen.

Zusammenfassung

- Problem mit latentem Antisemitismus, fehlende Kenntnis über Judentum
- besondere historische Verantwortung für Deutschland
- Ambivalenz für jüdische Menschen zwischen Dankbarkeit und Sorge
- noch immer bestehen Klischees, Vorurteile und Ressentiments

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Aktionsplan gegen Antisemitismus – Ergebnisse der 1. Beteiligungskonferenz

Welche Maßnahmen gegen Antisemitismus gibt es bereits?

- jüdische Kulturtage Rostock + jüdische Gedenktage Güstrow
- IQ M-V Handreichung für Umgang mit jüdischem Leben und Antisemitismus
- Meet-a-Jew-Programm
- DIA.MV Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern
- Baumaßnahmen zur Sicherung der jüdischen Gemeindezentren in Schwerin und Rostock
- Antisemitismusbeauftragter der Generalstaatsanwaltschaft Mecklenburg-Vorpommern
- Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus der MV-Landesregierung
- gesonderter Abschnitt Antisemitismus im Verfassungsschutzbericht
- Gedenkstättenarbeit, Fördermittel für Schulfahrten zu Gedenkstätten

Welche Instrumente können gegen Antisemitismus helfen?

Die Bekämpfung von Antisemitismus erfordert ein umfassendes Handeln auf verschiedenen Ebenen. Psychologische, rechtliche, kulturelle, sozialpolitische, mediale und religiöse Instrumente müssen koordiniert eingesetzt werden, um nachhaltige Veränderungen zu bewirken. Im Zentrum eines effektiven Aktionsplans gegen Antisemitismus stehen Schlüsselbereiche wie eine verbesserte empirische Datenlage, Strukturbildung, Freizeit und Sport, Sicherheit, Bildung und Geschichtsbewusstsein, sowie Arbeitswelten und Gesetzgebung.

Es ist sowohl Bürgerpflicht als auch Staatsaufgabe, entschieden gegen Antisemitismus vorzugehen. Diese Haltung darf keinen Platz in der Gesellschaft haben. Die aktive Auseinandersetzung mit der Shoah und dem Holocaust ist essenziell. Dabei muss die Erinnerungskultur heute weitestgehend ohne Zeitzeugen auskommen muss.

Ein friedliches Miteinander der Religionen und die Förderung des jüdischen Kulturlebens sind Schlüsselaspekte, um gegen Antisemitismus vorzugehen. Kinder sollten frühzeitig mit jüdischem Leben vertraut gemacht und für Antisemitismus sensibilisiert werden. Die konsequente Durchsetzung von Gesetzen bei Antisemitismus-Vorfällen ist unabdingbar, ebenso wie die Verbesserung der empirischen Datenlage zum Thema.

Um über gebildete, privilegierte Kreise hinaus Menschen zu erreichen, bedarf es zudem einer verstärkten präventiven Arbeit durch Bildung. Interkulturelle Netzwerke sollten gestärkt und Begegnungen geschaffen werden. Investitionen in Erwachsenenbildung und das Schaffen von Medienkompetenz sind entscheidend, um Propaganda und Manipulation zu enttarnen.

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Aktionsplan gegen Antisemitismus – Ergebnisse der 1. Beteiligungskonferenz

Die Achtung kultureller Bräuche, die Bekämpfung von Diskriminierung im alltäglichen Leben und das Würdigen sowie Feiern der jüdischen Kultur spielen eine bedeutende Rolle. Bei Vorfällen von Antisemitismus sollte die Betroffenenperspektive in den Vordergrund gestellt werden. Notwendig ist auch ein sensiblerer Umgang mit Sprache hinsichtlich antisemitischer Sprachbilder. Darüber sollten auch eine gesellschaftliche Debatte geführt werden.

Außerdem müssen außerschulische Lernorte gestärkt werden, die auch für die Erwachsenenbildung förderlich sind. Langfristige Projekte, die schulische und außerschulische Maßnahmen verbinden, sind dabei wirkungsvoller als kurzfristige Initiativen.

Durch diese koordinierten Maßnahmen kann eine nachhaltige Veränderung herbeigeführt werden, um Judenhasern nicht das Feld zu überlassen und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, in der Juden als ganz normale Menschen wahrgenommen werden.

Zusammenfassung

- Förderung jüdischen Kulturlebens
- konsequente Durchsetzung von Gesetzen bei Antisemitismus-Vorfällen
- empirische Lage zum Thema Antisemitismus verbessern
- kulturelle Bräuche des Judentums erklären, verstehen und respektieren
- Begegnungen mit Jüdinnen und Juden schaffen
- Propaganda und Manipulation enttarnen
- keine Diskriminierung, z.B. beim Arzt wegen Beschneidung
- Betroffenenperspektive in den Vordergrund stellen
- außerschulische Lernorte stärken, Erweiterung der Erwachsenenbildung
- sensiblerer Umgang mit Sprache
- Arbeit an Gedenkstätten in die Welt tragen, mediale Präsenz häufig aufgrund von Personalproblemen nicht wahrnehmbar

Welche weiteren Maßnahmen können gegen Antisemitismus helfen?

Die Etablierung eines gemeinsamen jüdischen Gedenk- und Kulturtages in Mecklenburg-Vorpommern könnte einen bedeutenden Schritt für das Kennenlernen von jüdischem Leben und der Sensibilisierung für die Thematik des Antisemitismus darstellen. So könnten diese Themen noch mehr in der Mitte der Gesellschaft ankommen. Der Erfolg der jüdischen Kulturtage in Rostock beweist das.

Geschichten von Zeitzeugen weiterzuerzählen, aufzuschreiben und zu verinnerlichen, gehört zu einer weiteren wichtigen Aufgabe, um die Erinnerungskultur zu erhalten und auch weiter die Betroffenenperspektive darzustellen. Weiter haben jüdische Vertreter den Wunsch geäußert, regelmäßige Treffen und/oder Konferenzen zur Überarbeitung und Anpassung des Aktionsplans zu organisieren.

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Aktionsplan gegen Antisemitismus – Ergebnisse der 1. Beteiligungskonferenz

Die Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft ist entscheidend, um das Feld des Antisemitismus besser zu erforschen und neue Erkenntnisse in die Maßnahmen zu integrieren.

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Judentum im Religionsunterricht, einschließlich Schulklassenbegegnungen und Veranstaltungen für Erwachsene, fördert ein besseres Verständnis und trägt zur Sensibilisierung bei. Die Einladung von Expertinnen und Experten für Vorträge an Schulen sowie die Vermittlung von Medienkompetenz, um zwischen guten und schlechten Quellen zu unterscheiden, sind unerlässlich.

Workshops an Schulen, die das Kennenlernen von Jüdinnen und Juden sowie ihrer Religion ermöglichen eine nachhaltige Vermittlung von Informationen. Dazu gehört auch die unterstützende Bereitstellung von Handlungskoffern für Lehrkräfte und Schulmitarbeitende.

Denkbar wäre etwa die Einführung von Pflichtbesuchen an Gedenkstätten. Diese Maßnahme erfordert allerdings eine bessere finanzielle Ausstattung dieser Orte und klare Anforderungen an ihre Arbeit. Als effektiv wird auch die Förderung von Peer-Education, bei der Schülerinnen und Schüler ihre Altersgenossen unterrichten, angesehen. Die Ausbildung von Jugendlichen könnte durch die Landeszentrale für politische Bildung übernommen werden.

An Universitäten sollte die Erklärung des Israel-Nord-Süd-Konflikts Teil des Lehrplans sein, um Studierende auf öffentliche Debatten vorzubereiten. Die Schaffung fester, unbefristeter Stellen an Universitäten ermöglicht die nachhaltige Verankerung dieser Themen in der Hochschulbildung.

Die Vernetzung von ehrenamtlich Arbeitenden ist entscheidend, um den Aktionsplan zu stärken und gegenseitige Unterstützung bei Veranstaltungen zu gewährleisten. Insgesamt sind diese Maßnahmen integral, um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen und eine tolerante, inklusive Gesellschaft zu fördern.

Zusammenfassung

- Installation eines gemeinsamen jüdischen Gedenk-/Kulturtages für MV
- mehr finanzielle Mittel für Antisemitismusbeauftragten
- jährliche Treffen/Konferenzen zur Überarbeitung/Anpassung von Aktionsplan
- Wissenschaft beauftragen, das Feld Antisemitismus besser zu erforschen
- Geschichten von Zeitzeugen weiter erzählen, aufschreiben, verinnerlichen
- vernetzen mit Treffen, Konferenzen, Veranstaltungen
- mehr Auseinandersetzung mit Judentum im Religionsunterricht
- Begegnungen von Jüdinnen und Juden mit Schulklassen, anderen gesellschaftlichen Gruppen, auch und speziell Erwachsenen
- Expert*innen einladen, Vorträge halten lassen, an Schulen und anderswo
- Medienkompetenz unterrichten
- Faktenchecks zu verbreiteten Internet-Inhalten → Stereotype und Chiffren enttarnen

„Antisemitismus die Stirn bieten“

Aktionsplan gegen Antisemitismus – Ergebnisse der 1. Beteiligungskonferenz

- Auseinandersetzung mit 90er-Jahren, neonazistische Tendenzen in MV
- Pflichtbesuche an Gedenkstätten? dafür bessere finanzielle Ausstattung von Gedenkstätten notwendig, Anforderungen an Gedenkstätten klar formulieren
- Peer-Education → z.B. Schüler unterrichten Schülern, Landeszentrale für politische Bildung ausstatten, damit sie Jugendliche ausbildet, selbst zu lehren
- an Universitäten: Israel und Nord-Süd-Konflikt erklären, Vorbereitung auf öffentliche Debatten, feste, unbefristete Stellen schaffen
- Vernetzung von ehrenamtlich Arbeitenden für Aktionsplan, gegenseitige Unterstützung bei Veranstaltungen